

## **Für mehr Gasunabhängigkeit**

### **Ampel hofft auf den Wärmepumpen-Hype – doch damit droht das nächste Energie-Fiasko**

**Nach dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine will Deutschland weg von russischer Energie. Beim Heizen hofft die Regierung auf einen Wärmepumpen-Hype. Doch der könnte für Verbraucher nicht nur teuer werden, sondern auch zum nächsten Energie-Fiasko führen.**

Putin hat Deutschland im „Klammergriff“ bei der fossilen Energie. Um vor allem vom russischen Gas wegzukommen, will die Ampel-Koalition die Abhängigkeit nun „mit hohem Tempo“ beenden. Das jedenfalls verkündete diese Woche Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne). Beim Gas sei es möglich, „bis Mitte 2024 weitgehend unabhängig“ zu werden.

Dafür hat sich die Bundesregierung auch auf eine Maßnahme geeinigt, die vor allem bei allen, die mit Gas heizen, für Aufsehen gesorgt haben dürfte: So sollen bereits ab dem Jahr 2024 möglichst nur noch Heizungen neu eingebaut werden, die zu 65 Prozent mit erneuerbaren Energien betrieben werden. Im Koalitionsvertrag war das bislang zum 1. Januar 2025 vorgesehen. Gasheizungen allein können die Vorgabe nicht erfüllen, sie scheiden damit aus.

Technisch lässt sich ein 65-Prozent-Anteil auf zwei Arten umsetzen: Entweder Haushalte nutzen Fernwärme, bei der die Abwärme zum Beispiel von Müllverbrennungsanlagen umgeleitet wird – allerdings stehen die dafür benötigten Wärmenetze aktuell noch nicht überall zur Verfügung. Oder Verbraucherinnen und Verbraucher heizen mit Strom. Für den letzteren Fall gibt es Wärmepumpen. Nach derzeitigen Planungen der Bundesregierung soll vor allem diese Heiztechnik Standard für alle Heizungen werden, die ab 2024 an eingebaut werden.

Allerdings gibt es beim Wärmepumpen-Plan der Bundesregierung vier Knackpunkte, die für Verbraucherinnen und Verbraucher nicht nur teuer sind, sondern erstmal auch nichts zu Habecks Versprechen einer Gasunabhängigkeit beitragen:

#### **1. Die Anschaffung einer Wärmepumpe ist teuer**

Umweltechnisch gibt es bei Wärmepumpen wenig Bedenken. Sie selbst erzeugen keine Emissionen. Sie sind wartungsarm und halten mindestens 20 Jahre, bevor sie ausgetauscht werden müssen, bei guter Pflege auch deutlich länger. Doch die Anschaffungskosten einer Wärmepumpe haben es mitunter für Verbraucher und Verbraucherinnen in sich. Sie liegen deutlich über den Kosten einer Gas- oder Ölheizung. Während die Anschaffung einer neuen Wärmepumpe schnell 15.000 Euro bis 30.000 Euro kosten kann, summieren sich die Ausgaben bei einer Gasheizung nur auf etwa 6000 Euro bis 9.000 Euro. Immerhin aber wird der Einbau umweltschonender Wärmepumpen stark gefördert. Über das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) können Interessenten bis zu 35 Prozent der Kosten für Anschaffung und Einbau wiederbekommen, beim Wechsel von einer Ölheizung zu einer Wärmepumpe sogar bis zu 45 Prozent. Die Anschaffung macht aber nur einen Teil der hohen Kosten aus.

#### **2. Wärmepumpen brauchen eine gute Dämmung der Gebäude**

Denn – hier sind wir beim zweiten Knackpunkt: Eine Wärmepumpe kann nur effizient und sparsam laufen, wenn das Haus einen guten Wärmeschutz hat. Wärmepumpen entziehen der Luft oder dem Erdreich Wärme und verdichten diese unter dem Einsatz von Strom, sodass sie Häuser beheizen und mit Warmwasser versorgen können. Das funktioniert auch, wenn es draußen sehr kalt ist. Wie gut, hängt aber vom Zustand des Gebäudes ab. Gerade bei älteren und wenig sanierten Gebäuden können daher

die Stromkosten für Bewohner extrem teuer werden. Selbst ohne die aktuellen Preissteigerungen auf dem Strommarkt.

Eigentümerinnen und Eigentümer von weniger gut gedämmten Gebäuden stehen damit vor einem Kosten-Dilemma: Nehmen sie die hohen Stromkosten in Kauf oder entscheiden sie sich, was klimaschutztechnisch deutlich klüger ist, für eine aufwändige Sanierung ihres Hauses?

Zwar gibt es auch für Sanierungen Fördergelder vom Bund. Doch wer etwa einen unsanierten Bau aus den 1970er- und 1980er-Jahren auf Vordermann bringen möchte, muss bei einer umfassenden Sanierung schnell mit Kosten von mindestens rund 1000 bis 1200 Euro pro Quadratmeter kalkulieren. Bei 100 Quadratmetern werden also mitunter bis zu 120.000 Euro fällig, wenn Besitzerinnen und Besitzer etwa ihre Eigentumswohnung zukunftsfähig machen wollen. Summen wie diese demonstrieren, dass eine Sanierung für viele schnell zu einer erheblichen finanziellen Belastung werden kann.

### **3. Wärmepumpen werden mit Strom betrieben – der ist heute noch alles andere als grün**

Dass Wärmepumpen zum Heizen Strom benötigen, schmälert den Umweltbonus der Technik aktuell noch erheblich. So werden in der Energieversorgung nach wie vor viele fossile Brennstoffe verwendet.

Fest steht: Um Strombedarf von Wärmepumpen, aber auch etwa E-Autos, erneuerbar zu decken, müssen vor allem die Potenziale von Wind und Sonne stärker gefördert werden. Das heißt, es braucht noch mehr Windräder und noch mehr Flächen mit Fotovoltaikanlagen. Doch bis der Ausbau abgeschlossen ist, können noch Jahrzehnte vergehen.

Bis 2045 soll die klimaneutrale Versorgung stehen. In der Zwischenzeit werden aber bereits weitere Kohle- und Kernkraftwerke abgeschaltet. Die rot-grün-gelbe Bundesregierung will laut Koalitionsvertrag „idealerweise“ bis 2030 aus der Kohle aussteigen. Anfang 2022 waren drei Atomkraftwerke in Deutschland abgeschaltet worden. Jetzt laufen noch drei Meiler, die bis Ende des Jahres vom Netz gehen sollen. Dadurch entsteht eine Stromlücke, die laut bisheriger Energiewende-Strategie Gaskraftwerken füllen sollen. Geändert hat sich an diesem Vorhaben nichts: Nur dass das Gas statt aus Russland künftig dann etwa aus den USA, aber auch aus Katar kommt. Damit bleibt die Bundesregierung, auch wenn sie alles dransetzt, bei den Lieferungen zu diversifizieren, erstmal abhängig vom Gas – und anderen Ländern.

### **4. Wärmepumpen-Plan der Ampel: Es fehlen Handwerker für den Einbau**

Die Ausbauziele sind aber nicht nur teuer und tragen aktuell nicht zu einer Gasunabhängigkeit bei, sondern sie drohen ohnehin am Fachkräftemangel zu scheitern. „Entscheidend ist für uns der Faktor Zeit. Wir unterstützen die Klimaziele der Bundesregierung. Wir schaffen auch deren Umsetzung am Wärmemarkt. Aber die zeitlichen Fristen hierfür müssen sich an dem Machbaren orientieren, das heißt an den verfügbaren Fachkräften“, sagte etwa Michael Hilpert, Präsident beim Zentralverband Sanitär Heizung Klima, auf der Wärmekonferenz in dieser Woche in Berlin. Aktuell stünde nicht genügend Personal zur Verfügung.

Mehr noch: Das Problem werde sich eher noch verschärfen, ist sich Hilpert sicher. In den kommenden zehn Jahren gehen nach Informationen des Verbandes rund 30 Prozent der heute Beschäftigten in Rente. Wegen der demographischen Entwicklung könnte aber nur rund die Hälfte durch Neueinstellungen ersetzt werden.

Artikel Focus vom 28.3.2022